

Merseburger Tageblatt

Abgabegebühren frei durch die Postämter versandt. Nr. 439, monatlich 20.00
durch die Postämter bezalt. und 14 Pf. monatlich. Druckerei: des Verlags u. v. B.
Verlag: Nr. 439, 20.00, 15.00, 10.00, 5.00, 2.00, 1.00, 0.50, 0.25, 0.10, 0.05, 0.02, 0.01
Verlag: Nr. 439, 20.00, 15.00, 10.00, 5.00, 2.00, 1.00, 0.50, 0.25, 0.10, 0.05, 0.02, 0.01
Verlag: Nr. 439, 20.00, 15.00, 10.00, 5.00, 2.00, 1.00, 0.50, 0.25, 0.10, 0.05, 0.02, 0.01

Kreisblatt

Abgabegebühren frei durch die Postämter versandt. Nr. 439, monatlich 20.00
durch die Postämter bezalt. und 14 Pf. monatlich. Druckerei: des Verlags u. v. B.
Verlag: Nr. 439, 20.00, 15.00, 10.00, 5.00, 2.00, 1.00, 0.50, 0.25, 0.10, 0.05, 0.02, 0.01
Verlag: Nr. 439, 20.00, 15.00, 10.00, 5.00, 2.00, 1.00, 0.50, 0.25, 0.10, 0.05, 0.02, 0.01
Verlag: Nr. 439, 20.00, 15.00, 10.00, 5.00, 2.00, 1.00, 0.50, 0.25, 0.10, 0.05, 0.02, 0.01

Zeitung für Stadt u.



Kreis Merseburg

Amtliches Anzeigebblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden

Nr. 177.

Dienstag, den 12. August 1919.

159. Jahrgang.

Tageschronik

Kohlen- und Lebensmittelnot in aller Welt.
Die Blockade gegen Russland bleibt bestehen.
Kaiserliche Flotte vernichtet?
Beginn der deutsch-polnischen Verhandlungen.
Doktor Doretti in Paris.
Der Gewerkschaftsbund der Eisenbahner leugnet Streikabsicht ab.
Ein Defekt-Erlass an die Eisenbahnbeamten.
Die Kommunisten als treibende Kraft.
Die Hamburger Bankbeamten streiten.
Wiederkehr der Ruhe in Chemnitz; Verhandlungen im Gange.
Das wichtigste Verhalten des Chemnitzer Volks.
Ullmann der Entente an Rumänien.

Die Schwierigkeiten der Weltwirtschaft.

Die Entente droht mit Kohlenkontrollen.
Unser Berliner Vertreter schreibt uns:
Die Verhandlungen über den Zusammenbruch unserer Kohlenversorgung im kommenden Winter laufen sich, wie wir von gutunterrichteter Seite hören, darauf zurückzuführen, daß bei den Verhandlungen der deutschen Kohlenkommission in Paris von den Vertretern der Entente auf vollständige Erfüllung der Deutschen im Friedensvertrag aufgesetzten Kohlenlieferungsverpflichtungen in Frankreich, Belgien und Italien gedrungen wurde. Diese Länder haben gegenwärtig unter einer jungen Kohlennot, doch ihre Vertreter der Entente gegenüber haben, die Entente würde die Kohlennot und Kontrolle über die deutsche Kohlenindustrie übernehmen, falls die deutsche Regierung nicht in der Lage ist, bis Oktober die erste Rate der zu liefernden Kohlen für die Ententeländer sicher zu stellen.

Die Weltkohlnot.

Wie aus Paris gemeldet wird, hielt die amerikanische Kohlenkommission am Freitag eine Sitzung ab, an der zehn Vertreter der alliierten Länder teilnahmen. Die Kommission besprach Produktion und Bedarf der europäischen Länder und beschloß, Maßnahmen zur Erhöhung der Förderung in Dorschiele, Tschechien und Dombrowa zu ergreifen. Eine Unterkommission von Sachverständigen soll für jedes Land einen Bericht über die Lage der Kohlenindustrie abfassen.

Holz statt Kohlen?

Von maßgebender Seite erfährt unser Berliner Vertreter:
Man ist, wunderbarer Weise, an den maßgebenden Stellen wieder optimistisch gestimmt; denn man scheint jetzt, nach langer Ueberlegung, die Lösung des Kohlenproblems gefunden zu haben. Es wird berichtet, unser Heimatland sei für den kommenden Winter gesichert. Die preussische Staatsregierung habe angedeutet, daß sämtliche Stadtwaldungen für diesen Winter ein Drittel mehr als bisher von ihrem Waldbestand abzuschlagen haben, so daß an Stelle von 12 Millionen Festmeter Holz nunmehr 16 Millionen zur Brennverwertung geliefert werden können. Die notwendigen Arbeitskräfte hofft die Regierung in kürzester Zeit aufbringen zu können. Die Arbeitsanweisung sind angewiesen, etwa 80.000 Holzarbeiter zu werben. Die Arbeiter sollen schon in den nächsten Tagen begonnen werden. Um den Verkehrsstörungen zu entgegen, werden die Arbeiten mit größter Beschleunigung ausgeführt, so daß man hofft, noch vor Anfang des Winters die Holzbedürfnisse an dem Waldwege an Ort und Stelle gebracht zu haben (11). Als Endtermin der Holzfallarbeiten ist bereits Mitte November vorgesehen.
(Für den industriellen Kohlenbedarf ist dies köstliche Hilfsmittel ohne jede Bedeutung. D. R.)

Wissens über die Weltwirtschaft.

In einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Kongresses trat Wissen für die Beibehaltung der Lebensmittelkontrollen, wie sie während des Krieges bestanden, ein. Er läßt dabei ein Geheiß an, wonach das Fleisch zu dem Preis verkauft werden soll, zu dem es in die Mäktel eingeführt wurde. Der Export der Vereinigten Staaten nach Europa ist jetzt größer als je zuvor. Ähnlich könnte man voraussetzen, wie lange der ausländische Käufer noch werde bezahlen können und ob Industrie und Landwirtschaft des Auslandes ihre frühere Produktion wieder würden erreichen können. Fünf Jahre

lang sei die europäische Industrie desorganisiert gewesen; bevor nicht auf beiden Seiten des Ozeans die Ernte und die Produktion wieder ihren früheren Stand erreicht hätten, sei für Europa eine Rückkehr zu den früheren Verhältnissen unmöglich, auf denen die wirtschaftlichen Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Europa aufgebaut gewesen seien. Man müsse die Lasten ins Auge fassen, daß in Europa, wenn Amerika ihm nicht helfe, keine normale Lage und keine normale Produktion wieder zu erwarten, ein Defizit entstehen würde, das ganz bestimmt nicht ohne Einfluß auf Amerika sein werde. Amerika müsse gerade jetzt seine Produktion steigern.

Ernährungsbeschwerden in aller Welt.
Der „Vorwärts“ stellt fest, daß die Ernährungsschwierigkeiten, mit denen der Weltkrieg Amerika in eigenen Lande zu kämpfen hat, einen bedrohlichen Umfang angenommen haben.
„Times“ meldet aus Sibirien, daß in allen Staaten Australiens die Fabriken ihre Arbeit einstellen müßten. Es herrscht ein besterlicher Lebensmittelmangel. Infolge von Unterernährung können viele Menschen nicht arbeiten. Der Lebensmittelmangel in Neu-Guinea wird die Regierung wahrscheinlich dazu zwingen, 10,000 Eingeborene zu entsenden, um in die Wälder zu fischen, damit sie selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können.

Frankreich als Despot.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:
Von gutunterrichteter Seite wird mir mitgeteilt, daß die von Italien mit Deutschland angebotenen großzügigen Wirtschaftsbeziehungen durch das Eingreifen Frankreichs beeinträchtigt werden. Frankreich hat es verstanden, Italien durch Beschreibungen in der Finanzpresse auf seine Seite zu ziehen. Dem Einfluß Frankreichs dürfte es zuzuschreiben sein, wenn die italienische Regierung neuerdings Einvernehmen für Maßnahmen und ähnliche Instrumente erläßt, die sich gegen niemand anders als Deutschland richten. Die italienische Regierung sucht jetzt die Deutschfreundlichkeit einer sehr starken Kammeropposition dadurch zu stellen, daß sie sich angeblich für die baldige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund einsetzt.

Die Streikgefahr bei der Eisenbahn.

Ein Ministererlass gegen den Streikloß
Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Deser, hat einen Erlass an die Beamten der preussisch-österreichischen Staatsbahnen geschickt, in dem es u. a. heißt:
Die Propaganda des Streiks im jetzigen Augenblick ist ein Verbrechen am deutschen Volk. Jedem Eisenbahner steht die Gefahr des völligen Zusammenbruchs des Wirtschaftslebens vor Augen. Dazu kommt die lebensgefährliche Lage der Kohlenversorgung. Wenn in solchem Augenblick eine kleine Anzahl von Beamten eine Organisation schaffen will, um den Streik zur Durchsetzung persönlicher Wünsche voranzutreiben zu können, so ist das eine Tat, die aufs härteste verurteilt werden muß, die die staatsrechtliche Stellung der Beamten auf das schwerste gefährdet. Das Vorgehen ist eine Verletzung der elementarsten Beamtenpflichten.
Der Minister richtet die Mahnung an die Beamten, sich von solcher Streikorganisation fernzuhalten. Das Bahnlager bedürfe gerade jetzt der Treue der Beamenschaft. Es gilt wirken heile, nicht list vorantreiben, sondern dem großen Gange dienen.

Kommunistische Mache.

Bei den neutralen Organisationen der Eisenbahner glaubt man nicht, daß der Streik in greifbarer Nähe ist. Die internationale Bewegung ist eine kommunistische und geht laut „Vorwärts“ von der „freien Vereinigung der Verkehrsarbeiter Deutschlands“ aus mit dem Ziel, die bestehenden Arbeiter- und Beamtenorganisationen zu vernichten und eine kommunistische Organisation an ihre Stelle zu setzen. Die an der Spitze der Bewegung, die der Regierung längst bekannt sein mußte, stehenden Parteien werden von nicht hervorzuhebenden bündelndes Chrenmännern gebildet. Die ganze Bewegung wäre im Grunde verfallen, wenn die Eisenbahner das Vertrauen zu der Regierung hätten, daß diese inflexible ist, die Arbeitswilligen zu schützen. Dieses Vertrauen ist aber nach den Erfahrungen der bisherigen Streiks nicht vorhanden. Wie überhaupt Minister Deser anscheinend keine genügende Unterstützung im Reichstag findet.

Erklärungen gegen neue Streiks.

In einer Vorstandssitzung des Sächsischen Eisenbahnerverbandes wurde am Sonntag ein Aufruf an die Verbandsmitglieder beschlossen, in dem unter Hinweis darauf, daß in den nächsten Tagen die Verordnung über die Mahnen zu den Arbeiter- und Beamtenräten ergeht, ein politischer

Ein „Verbrechen am deutschen Volke“.

Von unserem Berliner Vertreter.
Die Streikpropaganda unter den Eisenbahnern hat, obwohl es von den Eisenbahnern abgelehnt wird, bereits einen weiten Umfang angenommen. Sie wurde jedoch so geheim betrieben, daß für Bekanntheit kaum Raum auf die Bewegung war. Aber, man muß sich wundern, daß erst jetzt, nachdem die Presse sich der Sache angenommen hat, auch die Regierung sich einschließt, dem drohenden Streik entgegen zu wirken. Sie war (wie man weiß) über die Vorgänge in Genua stets gut unterrichtet. Wahrscheinlich hat erst der (vielleicht bestellte?) Protest der Deutschenität ihr das Räudger gefährt und dem Verkehrsminister Anlaß gegeben, in einer öffentlichen Rundrede von dem bevorstehenden Streik als einem Verbrechen am Volke zu sprechen. Das hat schon früher geistlichen Männern, als die Streikorganisation noch im Anfang war. Und neben den Gegenwirkungen in der Deutschenität hätte mit aller Schärfe gegen die treibenden Kräfte durchgegriffen werden müssen. Es ist leider Tatsache, daß auch diese gefährliche Propaganda unter den Eisenbahner von einigen wenigen getragen wird, die lediglich ihre Zwecke verfolgen und herzlich wenig an das Wohl der Masse von Eisenbahner und noch weniger an das Wohl des deutschen Volkes denken. Schon als die Regierung die öffentlichen Ämter, wie sie in der Lage gewesen, die treibenden Personen entweder von den einflussreichen Stellen zu entfernen oder sie (trotz dem) das doch an anderen Stellen nicht geübt) in Schach zu nehmen. Und schließlich sollte allein nicht und kann heute noch das Unheil verhindern, das sich langsam zusammenballt.

Wir leben in den Tagen der Not, denken mit Sorgen an die Zukunft, die uns schwere Tage, Monate, Jahre bringen wird, wo die Regierung Monate hindurch sich nicht schlüssig werden konnte, Maßnahmen gegen die drohende Kohlennot zu ergreifen. Die Kohlennot hängt am Himmel, sie erzählt uns schon heute von einer beispiellosen Verheerung, verallt uns schon heute, daß der Mangel an Transportmitteln unsere Ernährung bedrohlich macht, verpricht heute bereits einer Millionenchaft von Arbeitern völlige Arbeitslosigkeit, da die Fabriken still liegen müssen, und schließlich mit Graten denken wir an den kommenden Winter und die ungeheizten Wohnungen, an den Vöhmangel und ähnliche unerfreuliche und gefährliche Dinge. Das alles würde unbedingt noch verschärft, wenn die Eisenbahner es fertig bringen, den Rest von Herbst still zu legen, wenn sie die geringen Transportmöglichkeiten, die noch vorhanden sind, ausschalten. Die Eisenbahner legen von weitem getrieben, bemüht, absichtlich die Hand an die Gurgel des Staates und verheben ihn zu erschaffen, in den Tagen, da er schwach und wehrlos bereits durch frühere Missetaten geworden ist. Minister Deser will (endlich) durchgreifen (?). Hoffentlich ist's nicht zu spät. Sobald aber ich heute schon sicher: Seine Ermahnung, sein Aufruf an die Beamten wird wenig Wirkung haben, wenn die Eisenbahner hinter der Minister-Erhörung nicht einen heißen Widerstand leisten. Entweder aber hat es die Regierung bisher stets fehlen lassen. Entweder hat sie mit ihren Maßnahmen zu spät, oder sie hat nicht die Kraft, ihren Gehör und Gehör zu verschaffen. Die Beamten, die den Streik fördern, sollen, so erklärt der Minister, unweigerlich mit harten, geschändeten Strafen belegt werden. Wir erinnern uns, daß ähnliche Maßnahmen uns seit den Tagen des 9. November schon wiederholt vorgekauft wurden, aber stets unangenehm gefehlt haben, da letzten Endes nicht die Regierung, sondern die Straße ihren Willen durchsetzt.

Und wenn wir heute noch eine Hoffnung haben, daß es durch den Streik kommt, so wird diese Hoffnung nicht durch die verpasste Kraftanstrengung der Regierung erreicht, sondern durch die Starbarm, daß sich unter der Regierung, sondern durch die Kraft des Volkes, die Kraft und Verstand findet, daß sie die Gefahr abwenden hilft. Es hängt heute tatsächlich lediglich von dem guten Willen der Eisenbahner ab: Sind sie bereits soweit bereit, daß es kein Zurück mehr gibt, so wird der Streik über uns hereinbrechen und Deutschland den Rest geben. Hat die Streikorganisation aber noch keinen festen Boden und gelangt es, die Masse der Beamten von der von wenigen geschickten Geistes zu überzeugen und sie zu veranlassen, den Gehern die Gehörkraft zu verlosen, dann, aber nur dann kommen wir über diese Klippe.

Streik als Verbrechen am Volke unter allen Umständen abgelehnt wird.

Die Beamten- und Arbeiterorganisationen im Reich Rasse leugnen in einer Erklärung ihre Zugehörigkeit zu einem mittelständlichen Streikloß. Die Nachricht des Volks-Warros liegt übrigens den Erörterer Bedingungen eine Bedeutung bei, die gesamt ist, auch die maßvollsten Bestimmungen der Verwaltung der Eisenbahnverwaltung vor der Deutschenität zu bekämpfen.

Der Reichsarbeitsminister und die Kollarbeiter.

Am Freitag wurde eine Überordnung des Fall. Reichsarbeitsrates unter Führung des Abg. Koenen (N. S.) und des Steuergesetzr. Weter zur Rückprüfung des Reichsarbeitsminister in Weimar. Die besprochenen Lohnmehrerung und Arbeitszeitverlängerung über die im Landwirtschaftlichen Vereinbarvereinbarung hinaus und sonstige Einwirkung der Reichsarbeitsminister. Der Reichsarbeitsminister lehnte die Einwirkung von Verhandlungen mit dem Streik ab, doch am 26. Juli ein Einverständnis für den gesamten Arbeiterbereich abgelehnt und einseitige Forderungen bei der Reichsarbeitsministerin gewährt. Reichsarbeitsminister und Arbeiterminister, Fachgruppe Kollarbeiter, anfangs zu machen seien.

Rein Ernstfreit in Ostpreußen.

Berlin, 11. August. Wie verschiedene Blätter berichten, sind die Nachrichten nicht zureichend, denen zufolge ein Landarbeiterstreik in Ostpreußen die Einbringung der Ernte schwer gefährden sollte (?). Die Erntearbeiten sind jetzt durch Verhältnisse nicht bedroht. Unter den Arbeitern herrscht eine ruhige und besonnene Stimmung, obwohl eine sehr hohe Agitation der Unabhängigen durch Plakat- und Flugblätter betrieben werde.

Landarbeiterstreik auch in Frankreich.

Bern, 10. August. Die Landarbeiter des Seins- und Werne-Departements fangen an, die Arbeit niederzulegen, so daß die Militär zur Einbringung der Ernte in die unabhängigen Gebiete gezwungen wurde. Im Seins- und Werne-Departement streiken die Landarbeiter ebenfalls.

Die Hamburger Bankbeamten streiken.

Hamburg, 11. August. (Eig. Draht). Die Bankbeamten in Hamburg-Altona sind heute in den Streik getreten, nachdem sich am Sonnabend bei Abstimmungen in den Betrieben die große Mehrheit der Angestellten für den Streik ausgesprochen hatte. Die Banken sind infolgedessen heute geschlossen. Die Bankleitungen haben die arbeitswilligen Beamten und Voten aufgegeben, sind Montag früh an ihren Arbeitsstätten einzufinden. Für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und Schutz der Arbeitswilligen seien teils des Korps Leitung ausreichende Vorkehrungen getroffen. Die Banken geben jedoch bekannt, daß, falls die Mehrheit der Angestellten nicht zur Arbeit erzhire, der Betrieb der Banken mit dem Publikum nicht aufgenommen würde.

Nach einer anderen Meldung sollten am Montag früh sämtliche Großbanken von Reichswehrtruppen besetzt werden. Das Ergebnis der Abstimmung wird auf die Agitation des in Hamburg weilenden Berliner Bankbeamtenführers Marx zurückgeführt. Wahrscheinlich werden sich die Beamten der Sparkasse der Bewegung anschließen.

Der Chemnitzer Putz.

Kriegsähnliche Ruhe — Verhandlungen im Gange.

In Chemnitz herrscht augenblicklich Ruhe. Die Truppen halten verchiedene wichtige Gebäude der Stadt besetzt. Der Hauptteil der Truppen ist hinter die Linie Auerwälder-Oberhausen zurückgenommen worden. Weitere Truppen werden außerhalb von Chemnitz vertrieben. Der Eisenbahnverkehr mit der Stadt ist völlig ungestört. Von den Demonstranten sind zahlreiche Waffen jeder Art, eine große Anzahl Pferde und bedeutende Mengen an Lebensmitteln beschlagnahmt worden. Das neue Theater wurde als Wintertheater am 23. August eingeweiht. Dort haben mehrere Wirtshausgewerbetreibende eine Erklärung abgegeben, in der sie sich dem Streik der Schenken und Demonstrationen nicht anschließen wollen. Zahlreiche rote Bänder sind den Häusern der Intendanten, kriegsähnlichen Bänder usw.

Verhandlungen.

Zwischen dem Reichsverband, den Volksbeauftragten und den Vertretern der drei sozialistischen Parteien sind Vereinbarungen getroffen worden, wonach die Überordnung der öffentlichen Gebäude und staatlichen Anlagen die Chemnitzer Arbeitertruppen und die Unteroffiziere der alten Chemnitzer Regimente übernehmen, die meist verheiratete Chemnitzer Bürger sind. Die genannten Truppen haben ferner die Aufgabe, alles Sprengstoff, insbesondere alle Waffen zu sammeln und beim Eisenwerk in der Kaserne abzugeben.

In Dresden haben am Sonntag Besprechungen stattgefunden zwischen dem Minister für Militärwesen und dem General v. Döberstein, einerseits, und einer Deputation der Chemnitzer Arbeitertruppe andererseits. Es wurden die Bedingungen des Verlegungszeitraumes zugeordnet, wenn die Arbeiterorganisationen selbst die Einbringung der öffentlichen Ruhe und Ordnung herbeiführen in der Lage sind. Unter dieser Voraussetzung soll auch von der Einbringung außerordentlicher Gerichte Abstand genommen werden, doch wird ein besonderes Gericht zur Einbringung der Vorgänge am 7. und 8. August einberufen. Von dem Minister wurde dem Zweck gefolgt, daß die Federführung der öffentlichen Ordnung in jedem Fall durchzuführen wird.

Die Kämpfe am Freitag.

Gemeine Hinterlist.

Der Oberbefehlshaber der Truppen hatte ausdrücklich den Befehl gegeben, daß die Soldaten nicht in Chemnitz selbst, sondern in einem Vorort ansatzend werden sollten. Dort war eine Ausbuchtungs im Umbau begriffen, und der Transport kam ohne Beschränkung des Beschlusses der Chemnitzer Arbeitertruppe. Infolgedessen wurde er in Massen versammelt, hinter. Robustigkeit Elemente trafen sich an den Soldaten. Es wurden einzelne Schiffe abgegeben, auch auf in der Nähe befindliche Häuser. Die Soldaten autorisierten zu nicht durch Schreie in die Luft, dann erst schossen sie scharf. Die meistaufgegriffene Menge, die in der Nähe war, geriet in eine große Panik und machte fortwährend Angriffe auf die Soldaten. Dabei benutzten sie Waffen aller Art. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Schließlich gab der Oberbefehlshaber den Befehl zum Rückzug des Bahnhofs, der von allen Seiten umstellt war und beschossen wurde. Dann erst, nach parlamentarischer Unterredung, ein angelegter Absender der angrenzenden Menge indem er ein weißes Tuch schwenkte und erklärte, daß die Truppen auf Grund von Verhandlungen mit ihren Waffen und den Fahrgästen bei Weiterentwicklung Einfließen des Feuers unbedenklich abziehen könnten. Die Truppen sollten darauf das Feuer ein. Im nächsten Augenblick stürzte sich die Menge auf die Soldaten und entwarf eine Menge. Darauf plünderte die Menge die Fahrzeuge und erbeutete dabei viel Munition. Von auf informierter Seite wird mitgeteilt, daß die Entlohnung der Truppen nur dadurch möglich war, daß sie sich an die Ausbuchtungs nicht zurück zu entwickeln konnten.

Verzicht eines Krugausgusses über die Wälderungen.

Von einem Zeitnehmer an den Rändern wird u. a. berichtet: Als man aus ungewohnter Stelle, kam eine große Menschenmenge, darunter Frauen und Kinder, und die Wälder besaßen.

Pistolen wurden erschossen, ein Junge, der noch am Leben war, sich mit der Wunde. Alsdann ließ man mich fort, und es wurde ausgeplündert. Die Menge fiel nun über die festliegenden her, die Brode wurden gelassen und das Ansehen der Menge. Wände der Personen hatte 5-6 Stöße und 2-4 Schläge erhalten. Die letzten Pferde wurden zerstückelt und das Fleisch in Fettsäuren und Papier fortgeschleppt. Frauen haben Handwagen voll mit Geschirren, Säcken, Stahlhelmen. Als ich einen Verwundeten verband, rief man mir den Stahlhelm vom Kopf. Einer von den entmenschten Demonstranten wollte mich mit dem Gewehr tödlich erschlagen, obgleich ich die Handtasche mit dem Arme trug. Mehrere arme Verwundeten wurden getötet, gehen, bleiben und beschimpft. Meinen geflüchteten Kameraden gab es keine Mitleid. Besondere sind noch von den Frauen folgendes:

Einen Hühner, der verwundet war, habe man vollständig zerhackt. Die lebenden Pferde wurden verkauft, wobei die Besitzer und Geleit wurden an der nächsten Ecke umgekehrt und alles zu Gelde gemacht.

Ich war lange im Felde, aber etwas so Beschädigtes habe ich da nicht erlebt. Ich kann nur hoffen und wünschen, daß die nächste Verhandlung unserer Kameraden gerät wird.

Weitere Pläne der Spartakisten.

Vorbereitung von Aufständen in Mauen und Hof.

Hof i. B., 9. August. Die Unabhängigen in Hof bereiten einen neuen revolutionären Aufstand vor. Sie haben in sehr enger Beziehung zu den Radikalen von Mauen und Chemnitz. Die Massensitzung im großen Saal der Soldaten vor Hof in Mauen ist sehr rasch beendet. Die unabhängigen Stellen wurden sich sehr, daß die bürgerliche Staatsregierung diesem Treiben so ruhig zusehe. Es wäre für ganz Bayern gefährlich, wenn Hof infolge eines Aufstandes wieder aus der Hand der Regierung kommen würde, da ein sehr großer Teil der für Bayern bestimmten Rohstoffe über Hof geht.

Der Umsturz in Ungarn.

Die Entente gegen Rumänien.

Der Oberste Rat der Alliierten rückte drei Malen an Rumänien, in denen Einstellung des Bessarabiens und Anerkennung des alten Bessarabiensvertrages, das heißt Desavouierung des ungarisch-rumänischen Bessarabiensvertrages verlangt wird. Außerdem fordert der Rat, daß Rumänien sich seinen Beschlüssen anpasse. Nach 'Demos' soll aus rumänischer Quelle gemeldet werden, daß die Rumänen es abgelehnt hätten, in Budapest mit den Alliierten zusammenzutreffen.

Die 'Corriere della Sera' meldet, hat der Oberste Rat bei Wien, seine Rumänien zur Erklärung einzuladen, ob es genehmigt, der Entente noch fern anzugestehen oder beabsichtigt, sich von ihr zu trennen.

Eine neue ungarische Armee.

Wien, 9. August. Der Abzug der Rumänen aus Ungarn ist aufsehend eine Frage kurzer Zeit. Die Entente beabsichtigt die Aufstellung einer ungarischen Armee, für die Spezialtruppen der Grundfonds bilden sollen. Die Rumänen werden nur geringe Abteilungen im Lande lassen.

Die Frage der Staatsform Ungarns.

Es kommt noch nicht entschieden. Sozusagen veröffentlicht einen Bericht der Alliierten, daß die Diktatur des Erzherzogs Joseph keineswegs die Entscheidung über die Staatsform bedeute. Ob Monarchie, ob Republik, das sei dem Willen des ungarischen Volkes anheimgegeben, das in einigen Tagen seine konstituierende Nationalversammlung wählen wird. Ueber die Kabinettsbildung erklärte Cserani, der Führer der Sozialdemokraten, daß diese sich an der Nationalversammlung nicht beteiligen würden.

England gegen Erzherzog Joseph.

Das Blatt 'The Daily Chronicle' schreibt über die Ereignisse in Budapest: Unsere Politik wird nach einer vollvertretenden Regierung und damit nach einer heftigen Neubildung Ungarns streben. Erzherzog Joseph kann uns nur als Hindernis dienen, namentlich bei den Verhandlungen über den Waffenstillstand, die eine rein militärische Angelegenheit bilden.

Neue Ausföhrungen.

Die programmatischen Ausführungen in Budapest dauern fort. Im Magistratsgebäude versammelten sich etwa 200 Studenten und drangen bewußt mit Sätzen und Reden in die Antikafé ein, wo die kommunalistischen Beamten versammelt waren. Später erfolgte die Verlegung in eine Nebenhalle aus. Auch in der Technischen Hochschule wurden ähnliche Studenten sehr mahnend.

Die Grenzverhältnisse der ungarischen Volkswirtschaft.

Budapest, 11. August. In einer Unterredung mit einem Journalisten erklärte Ministerpräsident Stefan Friedrich u. a., die Regierung werde nur jene Romanen für Verantwortung ziehen, die an den politischen, militärischen und Grenzverhältnissen haben. Die Forderungen Samuels, sowie die feindschaftliche Gesinnung der Rumänen befinden sich in Hof. Es ist ganz unverständlich, wie sich Sozialistenführer von so hoher Intelligenz an die Spitze dieses blutigen Konflikts stellen konnten. Als Beispiel für die Grenzverhältnisse erwähnte Friedrich, daß der Reichstag des Majors Bartha aus der Türkei gezogen wurde. Bartha kam zuerst zum Ausbruch und der Kaiser soll ihn zuwinken. Schauerhafte Leidenheiten in den Wäldern haben einen grauenhaften Beweis der Unzulänglichkeit der Volkswirtschaft. Der Ministerpräsident erklärte ferner, daß eine endgültige Regierung nur nach den Wahlen konstituiert werden könne. Zum Schluß erklärte der Ministerpräsident, daß die Ungarn mit Oesterreich in den besten besten nachbarlichen Beziehungen zu leben wünschen.

Ein Ultimatum der Entente an Rumänien.

Berlin, 11. August. Die Alliierten wollen auf kein Fall verzichten, daß sich die Rumänen in Budapest befinden und sind zu strengster Stellungnahme entschlossen. Die Abz. die Grenzverhältnisse im Namen der Entente an Rumänien gerichtet hat, soll einseitig den Einzug der rumänischen Truppen in Budapest ablehnen und die Form eines Ultimatus haben.

Beschlüsse des Obersten Rates.

Deutsche Truppen in die neutrale Zone.

Paris, 10. August. 'Chicago Tribune' zufolge hat der Oberste Rat vorgestern Nachmittag die neuen Beschlüsse des ungarischen Staatsrat beschlossen. Er hat ferner bestimmt, in welcher Weise die

alliierten Truppen in der für die Volkswirtschaft vorgesehenen Zone Ober-Bessarabiens verteilt werden sollen. Der Minister hat dem Vorschlag des ungarischen Staatsrat zustimmend entsprochen, neue Truppen in die 50-Raumeter-Zone einzuführen, das heißt die dort befindlichen deutschen Truppen, falls Streiktruppen ausbrechen, zur Aufrechterhaltung der Ordnung nicht zuzulassen.

Nur noch einhunderttausend Amerikaner in Frankreich.

Nach 'Chicago Tribune' hat die amerikanische Armee, die sich augenblicklich noch in Frankreich befindet, nur noch die Stärke von 100 000 Mann.

Ein treffen der polnischen Delegation.

Nach Mitteilungen des polnischen Ministerpräsidenten wird die polnische Delegation unter der Führung des Unterstaatssekretärs des polnischen Außenministeriums Dr. Wroblewski in der Stärke von 45 Reichsmitgliedern Sonntag nach Berlin zu den deutsch-polnischen Verhandlungen eintreffen.

Eine Stimme aus Polen.

Aus Polen wird der 'Deutschen Allg. Ztg.' geschrieben: Wir wollen arbeiten und nicht verzweifeln. Wir erwarten aber auch von europäischen Seite Verständnis unserer Not. Dazu gehört vor allem die schnelle Wiederherstellung von guten Transportmöglichkeiten.

Ein polnischer Bandenführer verhaftet.

Hindenburg, 10. August. Einem Schutzbatalion der 3. Marine-Brigade von Loewenfeld ist es in letzter Nacht gelungen, den obersten polnischen Bandenführer Hajot zu fassen. Hajot selbst und sein zweiter Bandenführer wurden dabei getötet. Mehrere andere Hauptverbreder, darunter der Bruder Hajots, wurden gefangenommen.

Die Armee Polens vernichtet?

Die polnischen Blätter melden aus Posen: Die kaiserliche Armee umfaßt 40 Arm. westlich von Tschelabinsk, wo die polnische Armee sich verschanzt, ein sehr großes und ein polnische Regimenter vernichtet. Bei der Eroberung von Tschelabinsk fielen den polnischen 15 000 Gefangene, 2000 Wagon-Abwagen Rohlen, 22 Lokomotiven, vierhundert Krüge, die auf 1 Million Rubel geschätzt wird, in die Hände. Außerdem, der bei Tschelabinsk den polnischen ein überlebender polnischer Offizier während fünf Tagen die Operationen persönlich. Er erlitt eine vollständige Niederlage und wurde zum Flüchtling gezwungen. 4000 Mann wurden von den polnischen gefangen und 40 Maschinengewehre und ein Panzerzug erobert.

Ein großer Plottenfand in Schweden.

Stockholm, 10. August. Aus Stockholm wird ein großer Plottenfandel gemeldet. Man hat bedeutende Unregelmäßigkeiten in der Plottenverwaltung entdeckt. Die Untersuchung führt zur Verhaftung des Kommandanten Ritter und des Marineministers Hoffmann wegen großer Vernachlässigung ihrer Amtspflicht.

Das Vaterland verraten ...

'Temps' meldet aus Cairo: Mustafa Kemal Pascha hat sich geweigert, der Aufforderung der türkischen Regierung, nach Konstantinopel zurückzukehren, Folge zu leisten. Er hat sich von der Partei unabhängig erklärt und heißt bereit, den türkischen die türkische Regierung habe das Vaterland verraten.

Japanische blühende Aufstände.

Aus Batavia wird berichtet, daß in Penang ein Aufstand der Eingeborenen und Chinesen gegen die Japaner ausgebrochen ist. Auch in Singapur sei ein großer Aufstand zum Ausbruch gekommen. Viele japanische Geschäfte wurden geplündert und demoliert. Obwohl die Mannschaften der im Hafen liegenden Schiffe zu Hilfe gerufen wurden, bewarfen die Marinen fort. Geräuften sollen 300 Personen bei den Unruhen getötet worden sein.

Ein interessanter Artikel der 'Temps'.

Werden Wien und München dem Beispiel Budapests folgen? Der 'Temps' sagt in einem Leitartikel: Als der Bolschewismus sich in Budapest eingestellt hatte, ward er Schicksal in Wien. Wird die in Budapest wieder installierte Kaiserliche Dynastie in Wien nicht die Entente umwerfen? Andererseits ist Budapest die erste europäische Hauptstadt, die vom Bolschewismus befreit wird. Auf diesem Wege sind die Ungarn den Bayern gefolgt. München allerdings ist nicht so weit gegangen, einen Wittelsbacher zu rufen zu lassen. Werden sich unter den Deutschen, die die Ereignisse in Ungarn verfolgen, nicht viele finden, die bedauern, daß man in München auf halbem Wege stehen geblieben ist? Wird das Schicksal des Reiches in Ungarn nicht, wie im Besonderen von Budapest her, herbeiführen? Gibt es nicht in Wien ein ungetriebenes Reich, das vom Bolschewismus befreit wird, viel schmerzlicher als der Bolschewismus bei Romus es getan hat? Werden nicht alle russischen Patrioten bereit sein, zu fragen, indem sie die ungarische Wiedererrichtung ins Auge fassen: Wird es bei uns eines Tages auch so werden? 'Temps' ist der Ansicht, daß Mittel- und Osteuropa am Wendepunkt ihrer Geschichte angekommen seien. Es können sich im Laufe der nächsten Monate Veränderungen vollziehen, die auf das Schicksal des ganzen europäischen Kontinents den größten Einfluß haben werden. 'Temps' fragt zum Schluß: Wollen wir die Ereignisse lenken oder ihnen folgen? Sollen wir eine Politik oder haben wir keine?

Neue Dokumente.

Das 'Journal de Geneve' veröffentlicht die jetzt unbekanntesten Dokumente über Friedensverhandlungen, die im März 1918 zwischen dem bayerischen General Loering, einem Vertrauten der bayerischen Regierung, und dem bayerischen General in der Schweiz begannen und sich bis Ende August hinzogen. Zu dem 23. August dem Vertreter der bayerischen Regierung in Wien, die bayerische Regierung, die Souveränität Belgiens wiederherstellen und für den dort angeordneten Schaden aufkommen wird. Weiter soll Deutschland keinerlei Handlung vornehmen, dagegen an Belgien das Entschuldigungen haben, dieses Maß bei der Entente für die Rückgabe der belgischen Kolonien vorzulegen werden.

Wertfragen des Königs von Sachsen nach Malmö verbracht?

'Deutsche Abendzeitung' meldet aus Malmö: Freitag vormittag wurde ein Flugzeug, das aus einer Höhe von etwa zweihundert Metern zwei Pakete abwarf, geschickt. Darauf verhielt es sich wieder über der See. Aus dem Innern des Balbes, wo es seit einiger Zeit ein deutscher Herr und eine deutsche Dame wohnten, wurden Signale an das Flugzeug erteilt, das sich nach diesen richtete. Der Leutnantwächter von Trellsberg erstattete hierüber Anzeige. Das deutsche Boot wurde in Schara Ab verhaftet und die belgischen belgischen Pakete nach Trellsberg geschickt wo sich zeigte, daß sie außer achtzig Spigen und zwei Leinwandstücke Staatsobligationen über einen sehr hohen Betrag enthielten. Nach verschiedenen Ausforschungen erlaubten die beiden Deutschen, die

